

Rede zum NRW-Sozialticket (Plenarsitzung vom 23.10.2008)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Steffens. – Als nächster Redner spricht der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kommunen können natürlich nicht die falsche Politik von Bund und Land vollständig auffangen. Es braucht eine Landesinitiative für ein Sozialticket. Das ist in dieser heutigen Debatte schon deutlich geworden.

Im derzeitigen Hartz IV-Regelsatz sind für den öffentlichen Nahverkehr nur 11,04 € vorgesehen. Das Monatsticket kostet in den meisten Städten das Drei- bis Fünffache. Für den Fernverkehr sind im Hartz IV-Regelsatz sogar nur 2,99 € pro Monat vorgesehen. Weit kommt man damit nicht. Ein Sozialticket sowohl für den Nahverkehr als auch für den Fernverkehr könnte hier Abhilfe schaffen. Darum unterstützt Die Linke die zahlreichen lokalen Initiativen, die für die Einführung von kostenfreien oder ermäßigten Sozialtickets für den lokalen bzw. regionalen öffentlichen Nahverkehr eintreten.

Die Linke fordert darüber hinaus die Einführung eines Sozialtickets für den Fernverkehr. So könnte zum Beispiel die BahnCard 25, mit der man bei längerfristiger Buchung Tickets für weniger als die Hälfte bekommt, an Einkommensschwache für nur 5 € verkauft werden. Die Bundesregierung ist gefragt, ihren Einfluss gegenüber der Deutschen Bahn AG im Sinne eines Sozialtickets geltend zu machen.

Gerade in den Ferien, aber auch sonst müssen alle Menschen die Möglichkeit zur Mobilität haben. Die Wege sind nicht selten weit, und viele Sozialleistungsbeziehende können sich weder die teuren Fahrten innerhalb der eigenen Kommune leisten noch eine Fahrt im Fernverkehr bezahlen. Von dieser Ausgrenzung sind vor allem Familien mit Kindern betroffen. Dies ist nicht hinnehmbar. Auch erwerbslosen Menschen mit geringem Einkommen muss es im Sommer, aber auch in den Ferien und zu anderen Zeiten möglich sein, Großeltern oder Freunde zu besuchen, die womöglich in einer anderen Stadt leben.

Die Einführung eines Sozialtickets kann hier helfen, wenigstens ein Mindestmaß an Mobilität zu ermöglichen. Grundsätzlich ist die eingeschränkte Mobilität von Erwerbslosen und Niedriglöhnern

ein weiterer Beleg für die unsoziale Politik, die wir hier im Land erleben. Der Hartz-Regelsatz muss im Sinne einer repressionsfreien Grundsicherung, aber nur als erster Schritt, dringend erhöht werden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.